

// Im Blickpunkt

Nach den in der Rubrik „Bilanzrecht und Betriebswirtschaft“ im Rahmen des „Dossier Finanzkrise“ bereits behandelten Themen Impairment Test (Heft 3), Prüfung der Going-Concern-Prämisse (Heft 6) und Gestaltungen zur Eigenkapital-Optimierung (Heft 9) beschäftigen sich *Eisolt/Schmidt* in dieser Ausgabe mit Praxisfragen der externen Rechnungslegung in der Insolvenz. Alle bislang im BB erschienenen Beiträge zur Finanzkrise können Sie unter www.betriebs-berater.de im gleichnamigen Dossier abrufen.

Gabriele Bourgon, Ressortleiterin Bilanzrecht und Betriebswirtschaft



Finanzkrise

FASB: Proposed Staff Positions zur Abschreibung von Wertpapieren

-tb- Der Financial Accounting Standards Board (FASB) hat am 17.3.2009 die Proposed Staff Positions 157-e „Determining Whether a Market Is Not Active and a Transaction Is Not Distressed“ sowie FAS 115-a, FAS 124-a and EITF 99-20-b „Recognition and Presentation of Other-Than-Temporary Impairments“ veröffentlicht. Die Texte sind abrufbar unter www.fasb.org. Damit soll in der Finanzkrise weitere Hilfestellung bei der Bewertung von Wertpapieren gegeben werden, etwa mithilfe eines zweistufigen Tests, ob noch ein aktiver Markt vorliegt und mit welchem Wert bestimmte Finanzinstrumente bei temporären Wertberichtigungen angesetzt werden dürfen. Die Kommentierungsfrist läuft bis zum 1.4.2009. Die Regelungen sollen ab dem 15.3.2009 für Zwischenberichte und Jahresabschlüsse gelten und sind prospektiv anzuwenden.

IASB: Klarstellung für eingebettete Derivate

-tb- Der International Accounting Standards Board (IASB) hat eine Klarstellung zur bilanziellen Behandlung von eingebetteten Derivaten für diejenigen Unternehmen veröffentlicht, die von der vom IASB im Oktober 2008 herausgegebenen geänderten Möglichkeit zur Umklassifizierung dieser Finanzinstrumente Gebrauch gemacht haben. Der Text ist abrufbar unter www.iasb.org. Die Klarstellung betrifft Änderungen in IFRIC 9 und IAS 39. Diese Änderungen sind rückwirkend für Berichtsperioden anzuwenden, die am oder nach dem 30.6.2009 enden.

Rechnungslegung

Rechtsausschuss des Bundestages: Sitzung zum BilMoG

Am 18.3.2009 hat sich der Rechtsausschuss (www.bundestag.de/aktuell/hib/2009/2009_080/02.html) mit den Stimmen der Koalition und der FDP für eine veränderte Fassung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) ausgesprochen. Vor diesem Hintergrund ist gegenwär-

tig zu erwarten, dass die 2. und die 3. Lesung im Bundestag in der 13. Kalenderwoche erfolgen werden. Der Bundesrat könnte dem Gesetz dann – sein Einverständnis zu einer Fristverkürzung vorausgesetzt – noch in seiner Sitzung am 3.4.2009 zustimmen. Geschieht dies nicht, kann die Zustimmung frühestens in der Sitzung des Bundesrates am 15.5.2009 erteilt werden.

(Quelle: www.dsc.de)

FASB: Stellungnahme zur SEC-Roadmap

-tb- Der Financial Accounting Standards Board (FASB) hat seine unter der Aufsicht der Financial Accounting Foundation (FAF) verfasste Stellungnahme zu der von der Securities and Exchange Commission (SEC) verfassten „Roadmap for the Potential Use of Financial Statements Prepared In Accordance With International Financial Reporting Standards (IFRS) by U.S. Issuers“ (kurz: Roadmap) veröffentlicht. Der Text ist abrufbar unter www.fasb.org. Die 134-seitige Stellungnahme enthält u.a. die Ergebnisse zweier Studien zu den möglichen Konsequenzen einer Übernahme der IFRS für US-amerikanische Unternehmen. Trotz einer grundsätzlichen Zustimmung zu den Zielen der SEC-Roadmap wird darauf verwiesen, dass weitere Untersuchungen erforderlich seien, um besser die Auswirkungen, die Stärken, die Schwächen, die Kosten und den Nutzen des von der SEC vorgesehenen Ansatzes einschätzen zu können.

Wirtschaftsprüfung

IDW: Stellungnahme zum Entwurf eines Finanzmarktstabilisierungsergänzungsgesetzes

In einer Stellungnahme vom 12.3.2009 zum Finanzmarktstabilisierungsergänzungsgesetz hat sich das Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) zu zwei grundsätzlichen Aspekten, die s. E. im Entwurf zu wenig berücksichtigt wurden, geäußert:

- die Entlastung systemrelevanter Kreditinstitute von weiteren Wertverlusten „toxischer“ Finanzinstrumente und
- steuerliche Sofortmaßnahmen zur Förderung der Unternehmensliquidität.

Der Text ist abrufbar unter www.idw.de.

WPK: EU-Drittstaatenäquivalenzliste zur Bekämpfung der Geldwäsche

Die EU-Mitgliedstaaten haben sich auf eine Liste von Drittstaaten verständigt, bei denen sie aufgrund objektiv feststellbarer Kriterien von einer Gleichwertigkeit der dortigen Präventionsstandards mit denen der Dritten EU-Geldwäscherichtlinie ausgehen konnten.

Die Liste und nähere Informationen stehen unter www.wpk.de zur Verfügung.

Finanzierung

BMWi: „Zukunftscheck Mittelstand“ für Kreditvergabe

Mittelständische Unternehmen können ab sofort die Software „Zukunftscheck Mittelstand“ nutzen, um ihre Kommunikation mit Banken bei der Kreditvergabe zu erleichtern. Der „Zukunftscheck Mittelstand“ ist ein Instrument, mit dem Unternehmen ihr Geschäftsmodell darstellen und bewerten können. Es wurde vom Fraunhofer Institut für Produktionsanlagen und Konstruktionstechnik entwickelt.

Auch immaterielle Unternehmenswerte, wie Beziehungen zu Mitarbeitern, Kunden und Lieferanten, Patente und Innovationen, die bislang bei der Kreditvergabe nur unzureichend berücksichtigt wurden, werden im „Zukunftscheck Mittelstand“ mit einbezogen.

Auf diese Weise wird für die mittelständischen Unternehmen der Kapitalzugang erleichtert, für die Banken die Einschätzung des Kreditrisikos.

Erhältlich ist der „Zukunftscheck Mittelstand“ auf einer CD zu den Konjunkturpaketen in Deutschland, die beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) bezogen werden können (Tel. 030-18 615 4171, E-Mail: bmwi@gvp-bonn.de).

Weitere Informationen zum „Zukunftscheck Mittelstand“ sowie eine Download-Version erhalten Sie unter www.akwissensbilanz.org.

(Quelle: PM BMWi v. 13.3.2009)

Im BB-Nachrichtenüberblick unter www.betriebs-berater.de werden Sie direkt auf alle angegebenen Dokumente verlinkt.